

Meinungen

Antibabypillen Die Medienberichte über die Pillen Yaz und Yasmin beleuchten nur einen Teil des Problems. *Martina Frei*

Verhütung hat ihren Preis

Die erste Antibabypille kam 1961 in der Schweiz auf den Markt. Was unerwünschte Schwangerschaften betrifft, zählen die kleinen Pillen zu den sichersten Verhütungsmitteln: Von 10 000 Frauen, die beispielsweise die Pille Yasmin einnehmen, werden pro Jahr etwa 60 ungewollt schwanger. Zum Vergleich: Mit Kondomen hat das sexuelle Vergnügen für 200 bis 1400 von 10 000 Frauen jährlich unerwünschte Folgen. Antibabypillen ersparen Millionen von Frauen Sorgen und womöglich eine Abtreibung. Und Männern das Zahlen von Alimenten.

Doch der Spass ohne Reue hat seinen Preis. Die Hormone, welche Schwangerschaften zuverlässig verhindern, haben – wie jedes Medikament – unerwünschte Wirkungen. Ebenfalls seit 1961 wissen Mediziner, dass «die Pille» Blutgerinnsel in den Venen verursachen kann. Diese Gerinnsel führen sehr selten zu tödlichen Lungenembolien. Auch Kopfschmerzen oder Brustkrebs können durch Antibabypillen zum Beispiel befördert werden. Medizinstudenten lernen diese Zusammenhänge im Grundkurs Pharmakologie. Den Frauen hingegen sind die Risiken, die sie mit Antibabypillen eingehen, oft nicht bewusst – obschon in den Packungsbeilagen, auch von Yaz und Yasmin, explizit darauf aufmerksam gemacht wird.

Allein aus Medienberichten oder Meldungen unerwünschter Wirkungen an das Heilmittelinstitut auf die «Gefährlichkeit» einer Pille zu schliessen, führt leicht in die Irre. Erstens ist oft nicht allein «die Pille» schuld an einer Embolie, sondern mehrere Faktoren zusammen, zum Beispiel Rauchen, langes Sitzen im Flugzeug plus die



Die Anti-Baby-Pillen «Yaz» und «Yasmin». Foto: Steffen Schmidt (Keystone)

Antibabypille. Zweitens können Medienberichte und die Meldungen an das Heilmittelinstitut ein verzerrtes Bild zeichnen. Gerät ein Medikament nämlich in den Fokus, achten Ärzte mehr als sonst auf Nebenwirkungen, schreiben diese eher dem Mittel zu und melden sie, ob berechtigt oder nicht. So erscheinen «unter Verdacht» stehende Medikamente schnell noch gefährlicher, als sie tatsächlich sind.

Verlässlicher sind systematische Untersuchungen. Studien zufolge bekommen von 10 000 Pillenbenützerinnen im Verlauf von drei Jahren etwa 15 bis 33 Frauen eine Embolie. Zum Vergleich: Niedrig dosiertes Aspirin, das viele ältere Menschen mit Herzgefässerkrankungen vorbeugend einnehmen, verursacht im gleichen Zeitraum etwa 90 schwere Blutungen – eine Nebenwirkung dieses Medikaments, die viele Laien von den Tabletten wohl nicht erwarten würden. Anders als beim Aspirin betreffen die

Nebenwirkungen von Antibabypillen meist junge, gesunde Frauen, die noch den grössten Teil ihres Leben vor sich haben. Für sie können statistisch kleine Differenzen zwischen verschiedenen Präparaten einen grossen Unterschied machen, trotz einem insgesamt sehr geringen Risiko.

In der Schweiz gibt es zwölf, punkto Wirkstoffen und Dosierung verschiedene, Antibabypillen. Der Preis, den die Frauen für ihre sexuelle Freiheit zahlen, ist nicht bei allen gleich hoch. Pillen der sogenannten zweiten Generation sind gemäss bisherigem Wissensstand punkto Embolien mit geringeren Risiken behaftet als solche der «dritten» Generation oder jene mit dem Wirkstoff Drospirenon (wie Yaz und Yasmin). Allein aufgrund der von der Pharmawerbung in den Vordergrund gestellten Anti-Akne-Wirkung oder möglicher positiver Wirkung auf das Gewicht die Wahl zu treffen, wäre kurzsichtig. – Artikel Seite 41

In Medias res *Nick Lüthi*

Kritik aushalten



Es geschieht täglich. Uns allen. Sobald wir eine Zeitung aufschlagen, Radio hören, fernsehen oder Internet gucken, früher oder später regt sich in uns Widerspruch: Die

Zahl kann so nicht stimmen; den Namen schreibt man doch mit tz; spielte sich diese Geschichte nicht gerade andersrum ab?

Journalisten sind nicht perfekt, Medien nicht allwissend. Fehler gehören zum täglichen Geschäft, genauso wie das erhellende Rechercheergebnis. Beidem kann man mit einer gewissen Gelassenheit begegnen. Schliesslich ist die Zeitung von heute schon morgen nur noch Altpapier. Und der unablässige Strom der elektronischen Medien kennt nur eine Richtung: vorwärts; was gestern war, interessiert nicht mehr, Fehler werden mitgerissen und geschluckt – aber eben auch wieder ausgespuckt.

So lagern sie dann in den Archiven und Datenbanken der weltweiten Datennetze, entfalten dort ihr Eigenleben, indem sie als Rohstoff für weitere journalistische Arbeiten dienen und so irgendwann später wieder auftauchen.

Dieser Teufelskreis lässt sich nicht ganz einfach durchbrechen. Zum einen zeigen sich viele Redaktionen kritikresistent und korrigieren nur in Ausnahmefällen, es sei denn, ihnen drohen rechtliche Schritte. Zum anderen vervielfältigen sich die fehlerhaften Beiträge auf wundersame Weise, wenn sie nur einmal in die riesige Kopiermaschine des Internet eingespeist wurden. So überrascht es nicht, wenn

jemand zur Selbsthilfe greift und auf seinen eigenen Kanälen die falsch oder missverständlich wiedergegebenen Sachverhalte korrigiert respektive seine Sicht der Dinge derjenigen der Medien gegenüberstellt. Zumal es dafür die entsprechenden Druckformen gibt und nicht erst teure Druckmaschinen angeworfen werden müssen. Vorreiterin dieses Vorgehens ist in der Schweiz das Verteidigungsdepartement VBS. Bereits seit vier Jahren reagiert man dort auf Medienberichte, die «Fakten oder Aussagen falsch wiedergegeben oder interpretiert» haben. Wer sich für Fragen der Landesverteidigung interessiert, findet auf der entsprechenden Webseite aufschlussreiche Repliken auf die teils scharfe Kritik an der Armee.

Wenn nun, wie in der vergangenen Woche, der «Tages-Anzeiger», respektive sein Online-Ableger, diese Form des zeitversetzten und indirekten Dialogs zwischen einer Redaktion und dem Objekt ihrer Berichterstattung zu skandalisieren versucht, dann zeugt dies von einem seltsamen Verständnis der Medienwelt; das unwidersprochene Dozieren ex cathedra ist nicht mehr möglich, die Rückkanäle sind längst geöffnet. Klar, Journalisten lassen ihre Elaborate nur ungern von Behörden korrigieren und kritisieren, schliesslich wissen sie selbst am besten, wie die Welt funktioniert (oder haben zumindest ein paar Thesen dafür parat). Die Kritik, hier würden mit Steuergeldern Journalisten an den Pranger gestellt, zielt ins Leere. Denn letztlich dient der öffentliche Kommentar, und komme er von einer Behörde, nur dazu, (bewusst) ausgeblendete Aspekte wieder einzublenden. *Nick Lüthi ist Chefredaktor des Medienmagazins «Klartext».*

Berner ÖV Kann Bern Mobil auf Bedürfnisse eingehen? *Ask-Force im «Bund» vom 19. Oktober*

Berner Büffel-Mentalität

Liebe «Ask-Force», ich weiss nicht, ob Ihr Artikel über Bern Mobil ironisch gemeint war, dies konnte ich nicht herauslesen.

Auf jeden Fall hat die fragende Frau Wick recht, und sie ist nicht allein mit ihrer Einschätzung, das können Sie ihr also sagen.

Man muss ja nur ins nicht allzu weit entfernte Zürich fahren, um Servicekultur im öffentlichen Verkehr zu erleben.

In Bern gehört das büffelhafte «Vor-der-Nase-Wegfahren» regelrecht zur Betriebskultur, vielleicht der «Phase» wegen, aber wohl einfach aus Firmenkultur, die nicht kundenorientiert ist: Nicht der Fahrplan ist für die Passagiere da, sondern diese sollen den Fahrplan nicht stören.

Wir haben schon alles erlebt, bis hin zu einem Chauffeur, der versuchte, meine schwangere Partnerin in der Türe einzuklemmen.

Es geht ja nicht darum, dass der Fahrer einfach abfährt, sondern dass er das beispielsweise tut, während jemand noch ein Ticket zu lösen versucht oder mit einem Kinderwagen herangerannt kommt – nur, um 50 Zentimeter vorzusetzen und dort mit eiserner Miene auf das definitive Abfahrtsignal zu warten.

Vom ruckartigen Fahrstil in den Bussen nicht zu reden, der darauf ausgerichtet zu sein scheint, möglichst viele Stehpassagiere flachzulegen – vor allem in den neueren Erdgasbussen, die die Chauffeure anscheinend nicht so leicht in den Griff kriegen.

Im Stil der Bern-Mobil-Chauffeure wie auch – sofern ich da nicht einige Ironiesignale verpasst habe – in Ihrem Artikel kommt also letztlich hauptsächlich Berner Büffel-Mentalität zum Ausdruck. Schade; Bern ist ja so eine wunderbare Stadt. Aber der öffentliche Verkehr erinnert eher an Büffel als an Bären.

Urs Bräm, Bern

«Ask-Force wird rotzfrech und beweist schlechten Geschmack» Eigentlich sollten Sie ja eher eine «Answer-Force» sein. Aber das gelingt Ihnen schon im Fettgedruckten nicht.

Meinten Sie Kundenbedürfnisse?

Bedürfnisse gibt es ja vielerlei, zum Teil auch dringende, wofür aber selbst die umweltfreundlichsten «Bern-Mobile» nicht ausgestattet sind.

Ob Verkehrsbetriebe Bern oder Bern Mobil, die Einstellung gegenüber den Kunden und Kundinnen hat sich anscheinend mit dem neuen Kleid (oder um es zeitgemäss auszudrücken: dem neuen Auftritt) nicht geändert, doch das Bedürfnis nach Mobilität besteht nach wie vor.

Typisch schweizerisch, werden die Fahrgäste erst einmal belehrt. Aber zuerst ist man beleidigt, weil das Publikum sich immer noch nicht an das unnatürliche Bern Mobil gewöhnt hat.

Dann droht man, dass Busfahrer und Busfahrerinnen (noch!?) unfreundlicher werden würden, wenn sie in Zukunft nicht mit «Herr Bern Mobil» oder «Frau Bern Mobil» angesprochen werden.

Darauf wird die Ask-Force rotzfrech und unterstellt der armen Fragerin Frau Wick und den Fahrgästen Begriffsstutzigkeit und fehlenden Anstand, ja sogar, dass sie es wagen würden, dem abfahrenden Bus noch hinterherzuflehen!

Es mag zwar in einigen Fällen zutreffen, dass eher unschöne Ausdrücke verwendet werden, aber im Allgemeinen bleiben die Zurückgebliebenen «cool».

Und schliesslich zeugt es schlichtweg von schlechtem Geschmack, den Text mit einem Bibelzitat zu beenden, das Männern und «Frauen» mit Krücken oder Kinderwagen helfen soll, sich trotz der Flut der Aussteigenden in eine günstige Wartestellung zu bringen, um dann als Erste oder Erster den pressanten Einsteigern zuvorzukommen!

Entschuldigung! Ich behaupte meinerseits, dass die impertinente Antwort auf die Anfrage von Frau Wick lediglich aus den Tasten einer inkompetenten Ask-Force stammt, die Antworten geben möchte, die kaum jemand zu geben wagt, und nicht von Bern Mobil!

Aber auch dazu braucht es Sachverstand und Anstand. Begriffen?

Jürg Schneeberger, Bern

Tribüne *Fritz Marthaler*

Vorurteile gegen Strafvollzug

Die zurzeit geführten Diskussionen betreffend zu laschen Strafvollzug basieren auf falschen Voraussetzungen. Es ist zu einfach, aufgrund von Aussagen eines ehemaligen Insassen politische Vorstösse zu generieren. Die daraus entstandenen unkritischen und effektloschenden Medienberichte dienen niemandem.

Die rechtlichen Grundlagen für den Strafvollzug und die Untersuchungshaft können dadurch nicht einfach geändert werden. Die Führung und die Einrichtungen in den Strafvollzugsanstalten wurden jeweils mit allen nötigen Unterlagen von Volksabstimmungen dargelegt und vom Souverän meistens gutgeheissen. Die Führung von Vollzugsanstalten ist zusätzlich von vielen Faktoren abhängig und hat sich immer wieder neu auszurichten.

Die Strafvollzugsanstalten unterstehen den politischen Behörden, und dazu werden auch Fachkommissionen eingesetzt. Dieser Weg ist entscheidend und zu wählen, um den Ablauf und die Anforderungen des Strafvollzuges kennenzulernen. Die Direktionen mit der gesamten Belegschaft könnten aus ihren Praxiserfahrungen viel aufzeigen und damit auch Verbesserungsvorschläge einbringen.

Sie könnten auch aufzeigen, dass die Politik und die zuständigen Behörden den Anliegen und Berichterstattungen zu wenig oder gar nicht Rechnung tragen. Einzelfälle und medienwirksame, aufreisserische Berichte dürfen nicht zu abschliessenden Beurteilungen führen.

Dem absolut notwendigen höheren Stellenwert der Mitarbeitenden im Strafvollzug wird viel zu wenig Rechnung getragen. Ihre Tätigkeiten müssen besser geschützt werden.

Damit können die gestellten Anforderungen von rechtlichen und politischen Forderungen besser erfüllt werden. Es erfordert von den politisch Verantwortlichen auch das Gespür, die Direktionen in ihren Bestrebungen zu unterstützen und zu stützen.

Zum Beispiel sind Gedanken und Überlegungen, ein Untersuchungsgefängnis mit 140 Plätzen in der Nacht nur von einem Mitarbeitenden zu betreuen, sofort im Keime zu ersticken. Es gilt, sich auch gegen Berichte der Menschenrechtskommission mit zum Teil kleinlichen Beanstandungen zu wehren, es gilt, zu den bestehenden Infrastrukturen der verschiedenen Institutionen zu stehen. Ein Vergleich mit den Beanstandungen der Lebensmittelinspektorate, dass ein Betrieb unhygienisch geführt werde, nur weil auf einem Formular eine Angabe fehlt, sei an dieser Stelle erlaubt.

Ich fordere die politischen Behörden auf, sich mit den Direktionen und den bestehenden Organisationen der Strafvollzugsinstitutionen sofort zusammenzusetzen und gemeinsam die Voraussetzungen zu schaffen, dass alle am gleichen Strick ziehen.

Sich damit rühmen, dass es gelungen ist, einen Direktor mit gleichem Parteibüchlein zu wählen und diesen dann mit der übernommenen Institu-

tion mit politischen Vorstössen und Aussagen in Misskredit zu bringen, dient der Sache kaum und fördert die Motivation für einen korrekten, harten und letztlich lehrreichen Strafvollzug nicht. Die Vollzugsbehörden sind auf das Mittragen und Mitverantworten der Politik angewiesen.

Dem Personal im Strafvollzug muss ein höherer Stellenwert beigemessen werden; die Direktionen und die Organisationen im Strafvollzug müssen einbezogen und angehört werden; die

Fritz Marthaler

Der gelernte Metzgermeister, geboren 1951, war von 1998 bis 2004 Leiter des Regionalgefängnisses Bern und ist seit 2004 Zivilschutzinspektor im Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär. Marthaler war Präsident der SVP Biel und der SVP Seeland und ist seit 2009 Mitglied der BDP.



jetzt bestehenden Infrastrukturen dürfen nicht aufgrund von aussen eingebrachter Aspekte infrage gestellt werden; und die von den Institutionen erarbeiteten Leitlinien müssen zusammen mit den Direktionen und Leitungen getragen und gestützt werden.

Nur so gelingt es, den Strafvollzug gemäss den Anforderungen unserer Gesellschaft, der Politik wie auch der dafür Verantwortlichen zugunsten der damit verbundenen Zielsetzungen umzusetzen.

Der Bund

Verleger: Charles von Graffenried
Gesamtauflage BZ (inkl. «Bund»): 200 117 WEMF/SW-beglaubigt
Redaktion: Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12
Verlag: Der Bund, c/o Espace Media AG,
Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86
Redaktionsleitung:
Chefredaktor: Artur K. Vogel (akv)
Stellvertretender Chefredaktor: Patrick Feuz (paf)
Chef vom Dienst: Beat Stähli (sbb)
Lokale Ressorts: Bernhard Ott (bob)
Homepage: www.derbund.ch

E-Mail: redaktion@derbund.ch
Leitung Espace Media: Ueli Eckstein
Inserate: Berner Zeitung, Dammweg 9,
Postfach, 3001 Bern
Telefonische Anzeigenannahme:
Tel. 031 330 33 10, Telex 912 160, Fax 031 330 35 71
E-Mail: inserate@espacemedia.ch
ISDN-Nr. 031 348 02 40 (2-Kanal)
Technischer Kundendienst: Anzeigen
Tel. 031 330 35 61. Für Todesanzeigen
ausserhalb der Bürozeit: Fax 031 330 35 71.
Anzeigenannahme auch bei allen Publicitas-
Filialen Schweiz: Publicitas Bern,
Tel. 031 384 13 84, Fax 031 384 14 91

Abonnementspreise: 24 Monate Fr. 717.–,
12 Monate Fr. 398.–, 6 Monate Fr. 215.–,
3 Monate Fr. 115.–,
40% Studenten- und Ausbildungsrabatt.
Bitte Ausweis mitschicken.
Die Preise verstehen sich inkl. 2.4% MWST.
Einzelnummer Fr. 3.20 (Mo-Fr) / Fr. 3.50 (Sa).
Abonnement: Tel. 0844 385 144 (Lokaltarif),
Fax 0844 031 031 (Lokaltarif),
E-Mail: abo@derbund.ch
Ombudsmann: Arthur Liener, Postfach,
3000 Bern 13, E-Mail: a.liener@bluewin.ch
Copyright-Regelung: Vergleiche grosses
Impressum in der Montag-Ausgabe.